

LEITANTRAG

36. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

APRIL
5.
2025

WIR
BAUEN **ZUKUNFT**
STABILE WIRTSCHAFT. SICHERE HEIMAT.

LEITANTRAG

WIR BAUEN ZUKUNFT

STABILE WIRTSCHAFT. SICHERE HEIMAT.

eingbracht vom Landesparteivorstand der FPÖ Oberösterreich

Antrag:

Der Landesparteitag möge den vorliegenden Leitantrag beschließen und die Gremien der FPÖ Oberösterreich sowie die Vorfeldorganisationen und alle Verantwortungsträger, Mandatäre und Funktionäre auf allen Ebenen einladen, **sich intensiv mit diesen Themen in ihrer Arbeit zu befassen**. Als Grundlage dafür sollen die folgenden Ausführungen dienen.

Präambel

Österreich steht vor tiefgreifenden Herausforderungen, die entschlossenes Handeln und zukunftsorientierte Strategien erfordern. Der gesellschaftliche Zusammenhalt, die wirtschaftliche Stabilität und die Sicherheit unserer Bürger haben durch die verantwortungslose Politik der vergangenen schwarz-grünen Bundesregierung enorm gelitten. Ein schnelles Gegensteuern und die Überwindung von Widerständen zu grundlegenden Reformen im Staatsgefüge sind daher das Gebot der Stunde.

Im Mittelpunkt dieses Antrags stehen deshalb **Maßnahmen zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, ein schlanker und handlungsfähiger Staat, eine werteorientierte Familienpolitik, sowie ein wirksamer Schutz unserer Grenzen gegen illegale Migration** und die damit einhergehenden Gewaltverbrechen gegen unsere Bevölkerung. All diese Themen sind eng miteinander verknüpft und bilden die Grundlage für eine nachhaltige und gute Politik, die den Österreichern dient.

Die wirtschaftliche Entwicklung Oberösterreichs ist von zentraler Bedeutung für ganz Österreich, denn nur durch eine starke Basis vor Ort in den Regionen können wir den Wohlstand für die Zukunft sichern. Gleichzeitig sind steuerliche Entlastungen für Familien und Unternehmen unerlässlich, um Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und die Standortattraktivität zu fördern. Ein überbordender Staatsapparat steht diesem Ziel im Wege und muss deshalb auf seine Kernaufgaben zurückgebaut werden.

Dies gilt nicht nur für den österreichischen Staat, sondern insbesondere auch für die Europäische Union, die als supranationales Konstrukt die Souveränität und die Handlungsfähigkeit unseres Landes massiv einschränkt. Essenzieller Teil der Konzentration auf die staatlichen Kernaufgaben ist die konsequente Bekämpfung illegaler Migration, um die innere Sicherheit zu gewährleisten und unser Sozialsystem zu schützen. Wir müssen alle vertraglichen und organisatorischen Hindernisse beseitigen, die uns am effektiven Schutz unserer Bevölkerung und unserer Heimat hindern.

Ein Staat, der sich auf seine Kernkompetenzen konzentriert, schafft Raum für wirtschaftliche Innovation und gesellschaftliche Dynamik. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Bürgern die Möglichkeit zu geben, durch den Ausbau direktdemokratischer Beteiligungsformen aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft teilzuhaben und ihre Lebensumstände selbstbestimmt zu verbessern. Dies erfordert eine Politik, die nicht nur kurzfristige Herausforderungen adressiert, sondern auch langfristige Weichenstellungen vornimmt, um auf einem soliden Wertefundament Krisen zu begegnen und Chancen zu nutzen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die **Bedeutung von regionaler Identität**. Unsere Regionen sind nicht nur wirtschaftliche Zentren, sondern auch kulturelle und soziale Ankerpunkte. Ihre Förderung ist ein zentraler Beitrag zum Erhalt unserer Traditionen und Werte. In einer globalisierten Welt stehen wir für eine Politik, die Regionalität bewahrt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärkt. Dabei sehen wir die regionale Förderung nicht als Rückzug, sondern als Fortschritt hin zu einem dezentralen und widerstandsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell.

Auch eine **effektive werteorientierte Familienpolitik** ist von zentraler Bedeutung für die gesellschaftliche Stabilität und den wirtschaftlichen Wohlstand Österreichs. Sie schafft Rahmenbedingungen, die Familien unterstützen und fördern, indem sie finanzielle Entlastungen bietet. Die Bewahrung unserer kulturellen Identität und die Förderung einer werteorientierten Familienpolitik sind essenziell, um eine fortschrittliche und zugleich traditionsbewusste Zukunft zu gestalten. Eine starke Identität fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vermittelt Orientierung in einer sich rasch verändernden Welt. Gleichzeitig legt eine familienfreundliche Politik das Fundament für stabile soziale Strukturen und die Weitergabe unserer Werte an kommende Generationen.

Zudem trägt eine **nachhaltige Familienpolitik** zur Bewältigung demografischer Herausforderungen bei, indem sie Anreize für höhere Geburtenraten schafft und somit einer alternden Gesellschaft entgegenwirkt. Dies sichert langfristig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt unseres Landes. Insgesamt ist eine durchdachte Familienpolitik ein essenzieller Bestandteil einer zukunftsorientierten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, die sowohl den individuellen Bedürfnissen der Familien gerecht wird als auch zur Stabilität und Prosperität Österreichs beiträgt.

Wir stehen für eine **Politik, die Verantwortung und Gemeinschaft stärkt**, und rufen dazu auf, gemeinsam an einer zukunftssicheren und wohlhabenden Heimat zu arbeiten. Unsere Vorschläge kombinieren pragmatische Lösungen mit einer klaren Werteorientierung und bieten eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Regionale Wirtschaft ist unsere Stärke

Oberösterreich ist das wirtschaftliche Herz Österreichs und muss seine Attraktivität als Standort bewahren. Wirtschaftlicher Erfolg und Wohlstand sind eng miteinander verknüpft und bilden die Grundlage für sozialen Frieden.

Regionale Betriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Durch eine gezielte Vergabepolitik bei öffentlichen Aufträgen sollten sie besser geschützt und gefördert werden. Die Vergabe sollte nicht nur wirtschaftliche Kriterien berücksichtigen, sondern sich stärker am Bestbieter- statt am Billigstbieterverfahren orientieren. Gleichzeitig muss die Verfahrensdauer drastisch verkürzt werden. Unser Ziel ist es, das Vergaberecht so zu reformieren, dass regionale Anbieter bevorzugt werden können. Dies bedeutet eine stärkere Gewichtung von Nachhaltigkeitskriterien wie kurzen Lieferwegen in den Vergaberichtlinien. Zudem sollen innovative Technologien und mittelständische Betriebe gefördert werden, um die lokale Wirtschaftskraft zu stärken. Dazu gehört auch die Einrichtung von Beratungsstellen für regionale Unternehmen, damit sie besser auf Ausschreibungen vorbereitet sind und ihre Chancen auf Zuschläge erhöhen.

Regionalität bedeutet auch die Unterstützung der heimischen Landwirtschaft, die qualitativ hochwertige Lebensmittel produziert und einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit leistet, wodurch Österreich unabhängiger von internationalen Agrar- und Lebensmittelkonzernen wird.

Eine gerechtere Steuerpolitik ist der Schlüssel zu sozialem Frieden und wirtschaftlichem Wachstum. Unsere Unternehmen und Bürger sollen mehr von ihrem Umsatz bzw. Einkommen behalten können, um ihre Lebensqualität zu verbessern und private Investitionen zu ermöglichen. Wir betonen ausdrücklich den Leistungsgedanken: Eigeninitiative und Leistungswille sind wichtige Grundlagen für den Wohlstand in Oberösterreich und darüber hinaus.

Der Staat hingegen muss schlank und effizient organisiert sein, um seinen Bürgern bestmöglich zu dienen. Bürokratieabbau und Digitalisierung sind zentrale Hebel, um Verwaltungsprozesse zu verschlanken und Kosten zu senken.

Die Verwaltung soll durch moderne Technologien effizienter gestaltet werden. Gleichzeitig setzen wir auf mehr Verantwortung für Kommunen, um Entscheidungen näher an den Bürgern zu treffen. Ein schlanker Staat bedeutet auch, dass Aufgaben, die von privaten Anbietern unter staatlicher Aufsicht besser erfüllt werden können, an diese übergeben werden. Gleichzeitig müssen sensible Infrastrukturen – wie etwa die Trinkwasserversorgung – vollständig in staatlicher Hand bleiben. In weniger sensiblen Bereichen lassen sich aber durch Partnerschaften mit der Privatwirtschaft Kosten senken und die Qualität öffentlicher Dienstleistungen erhöhen.

Freiheitliche auf allen politischen Ebenen – von der Gemeinde über das Land bis zur Bundesebene – sind Garanten für die Umsetzung dieses politischen Leitbildes. Nur Entscheidungsträger, die diese Prinzipien teilen, können eine nachhaltige und wertorientierte Entwicklung sicherstellen.

Es ist eben nicht egal, wer regiert!

Unsere Kernforderungen:

- **Wertschöpfung im eigenen Land unterstützen**
- **Vergabewesen verbessern und neu denken**
- **Verfahrensdauer kürzen**
- **Stärkung durch Entlastung**
- **Freiheit des unternehmerischen Handelns fördern**

Asylmigration beenden – Ordnung wiederherstellen

Illegale Migration stellt eine erhebliche Herausforderung dar, die unser Sozialsystem belastet und durch die explodierende Ausländerkriminalität und die kulturelle Belastung den gesellschaftlichen Frieden gefährdet. Die unregelte Migration der letzten Jahre führt vielerorts zu einer Entfremdung von unserer Heimat, unseren Traditionen und unserer Kultur.

Um die Migration zu kontrollieren, fordern wir eine Aussetzung des Asylrechts und einen Stopp der Asylzuwanderung aus Drittstaaten. Dies soll dazu beitragen, die Zahl der Asylanträge nachhaltig auf ein Minimum zu reduzieren. Für legal aufhältige Ausländer, die keinen aktiven Beitrag zu unserer Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft leisten, sollen Anreize zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer geschaffen werden. Dies könnte durch spezielle Programme unterstützt werden, die eine freiwillige Rückkehr fördern. Personen, die sich illegal oder ohne gültigen Aufenthaltstitel in unserem Land aufhalten, oder die straffällig geworden sind, müssen umgehend abgeschoben werden. Dies erfordert auch eine effiziente Umsetzung bestehender Gesetze und eine enge Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern.

Modelle wie die in Oberösterreich eingeführte Bezahlkarte für Asylwerber sollten bundesweit umgesetzt werden. Der Staat soll nur für die Grundbedürfnisse der Asylwerber und Flüchtlingen aufkommen. Dies wird dazu beitragen, die Attraktivität unseres derzeitigen Asylsystems für Wirtschaftsmigranten zu verringern.

Durch verstärkte Grenzkontrollen und konsequente Abschiebungen soll die illegale Migration gestoppt werden. Dies erfordert den Einsatz moderner Überwachungstechnologien und eine erhöhte Präsenz von Sicherheitskräften an den Grenzen.

Aber auch für anerkannte Asylanträge und Flüchtlinge muss gelten: Asyl ist nur Schutz auf Zeit. Sobald der Asyl- oder Fluchtgrund entfällt, sind Maßnahmen zur Beendigung des Aufenthalts einzuleiten und der Schutzstatus muss umgehend aufgehoben werden. Dies entspricht dem Prinzip des temporären Schutzes, das bereits in vielen europäischen Ländern Anwendung findet.

Der Bedarf an Fachkräften soll durch die Stärkung von Ausbildungsanreizen für heimische Unternehmen sowie durch Anwerbung mit Schwerpunkt in europäischen Staaten gedeckt werden, um kulturelle und soziale Konflikte zu minimieren. Dies könnte etwa durch bilaterale Abkommen mit EU-Ländern unterstützt werden, die über entsprechende Fachkräfte verfügen.

Die ungeregelte Einwanderung muss durch eine tatsächlich leistungs- und bedarfsorientierte Einwanderungspolitik ersetzt werden. Wir wollen entscheiden, wer in unser Land kommt und ob wir ihn brauchen. Die steigende Ausländerkriminalität der letzten Jahre ist direkt auf das Versagen in der Einwanderungspolitik zurückzuführen. Daher ist die Sicherheit unserer Bürger ein zentrales Anliegen, denn Sicherheit ist die Grundlage für Freiheit und Wohlstand. Durch eine kontrollierte Migrationspolitik werden soziale Spannungen reduziert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt. Dies beinhaltet auch verpflichtende Integrationsmaßnahmen für legal hier lebende Migranten, um ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern und zu fordern. Nur durch eine konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen können wir langfristige Stabilität und Vertrauen in die staatlichen Institutionen sicherstellen.

Unsere Kernforderungen:

- **Nullmigration aus Drittstaaten via Asyl und Anreize zur Rückwanderung**
- **Bei Wegfall des Flucht- oder Asylgrundes: umgehende Ausreise**
- **Abschiebepflicht bei Straffälligkeit bzw. Verfahrensabbruch (Asyl)**
- **Bedarfs- und leistungsorientierte Einwanderungspolitik**
- **Reduktion der staatlichen Leistungen für Asylwerber auf Deckung der Grundbedürfnisse**

Zusammenfassung:

Abschließend appellieren wir daher an alle Delegierten des Landesparteitages und an alle Mitglieder und Unterstützer der FPÖ Oberösterreich, **gemeinsam diesen Weg der patriotischen Wende und des richtigen Regierens zu beschreiten.** Lasst uns mit Mut und Entschlossenheit für eine stabile Wirtschaft, sichere Grenzen und den Erhalt unserer Heimat eintreten. Gemeinsam können wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern und eine Zukunft gestalten, die unseren Werten und Traditionen gerecht wird. **Für ein starkes, souveränes und freies Österreich – jetzt und für kommende Generationen.**



FPO

**Die Freiheitlichen
Oberösterreich**

**36. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG
SAMSTAG, 5. APRIL 2025, DESIGN CENTER LINZ**